

05.11.2014

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU

zu dem Antrag
der Fraktion der FDP

Organisationsversagen des Innenministers beim Gewaltexzess von Hooligans und Rechtsradikalen in Köln aufklären

Gefährlicher Entwicklung neuer Allianz von Hooligans und rechter Szene gegen Salafisten und Polizei entschlossen entgegenzutreten
Drucksache 16/7168

I. Sachverhalt:

Bei der Demonstration von Rechtsradikalen und Hooligans in Köln am 26.10.2014 kam es zu schweren Ausschreitungen in Nordrhein-Westfalen mit Straßenschlachten zwischen Demonstranten und Polizei, 44 verletzten Polizeibeamten, Randalen in Zügen von und nach Köln, alles in allem der größten rechtsradikalen Gewaltdemonstration in Nordrhein-Westfalen und Deutschland seit langer Zeit. Mitten in der Kölner Innenstadt – am Hauptbahnhof als Dreh- und Angelpunkt für Touristen aus aller Welt – wurden ausländerfeindliche und rassistische Parolen von aggressiven Hooligans skandiert. Der hierdurch entstandene Schaden für die öffentliche Sicherheit und das Ansehen des Landes Nordrhein-Westfalen ist immens.

Die extreme Gewaltbereitschaft der in Köln aufmarschierten Hooligans und Rechtsextremen ist nicht hinnehmbar. Ebenso nicht hinnehmbar sind die lapidaren Reaktionen der Landesregierung in diesem Zusammenhang. Innenminister Jäger hat im Nachgang zur Demonstration schönrednerisch bekundet, sein Polizeikonzept sei „richtig“ und die Lageeinschätzung „präzise“ gewesen. Die Darstellung des Innenministers entspricht damit einmal mehr nicht der Realität in seinem Zuständigkeitsbereich. Denn in Wahrheit liegt ein weiteres schweres Organisationsversagen des Innenministers vor.

Datum des Originals: 05.11.2014/Ausgegeben: 05.11.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

II. Der Landtag stellt fest:

1. Es liegt ein Organisationsversagen des Innenministers vor: Die Ereignisse von Köln am 26.10.2014 hätten durch ein geeignetes, angemessenes Polizeikonzept verhindert werden können.
2. Die Demonstration von fast 5.000 gewaltbereiten und ausländerfeindliche Parolen skandierenden Hooligans und Rechtsradikalen am Kölner Hauptbahnhof hat zu einem weiteren vermeidbaren Ansehensverlust des Landes geführt.

III. Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung informiert den Landtag in einem schriftlichen Bericht umfassend über die Ereignisse und die daran beteiligten Gruppierungen sowie darüber, inwiefern mit den örtlichen Behörden der Versuch unternommen wurde, alle Rechtsmittel auszuschöpfen, um eine solche Demonstration rechtsextremer Gruppierungen zu verbieten bzw. zumindest an einen weniger zentralen Ort in Köln zu verlagern.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Peter Biesenbach
Serap Güler
Theo Kruse

und Fraktion